

b) Israel hat eine neue Regierung

Von Dr. Roland Gradwohl, Jerusalem

Schimon Peres ist am Ziel. Nach der Unterzeichnung des umfangreichen Koalitionsabkommens zwischen der Arbeiterpartei und dem Likud von Jizchak Schamir, dem bisherigen Ministerpräsidenten, wurde die bisher grösste Regierung Israels mit ihren 25 Abgeordneten am 13. September gegen Mitternacht vereidigt.

Weil keiner mit einer derart grossen Zahl von Ministern kurzfristig Beschlüsse fassen kann, wird Wesentliches in einer »kleinen Regierung« besprochen und entschieden. Das Mammutkabinett ist letztlich nichts anderes als ein reduziertes Parlament. Über 90 Knessetmitglieder stützen die Regierung, knapp dreissig bilden die Opposition im 120köpfigen Haus. Die prominente Schulamit Aloni von der Raz-Partei, der »Bürgerrechtsbewegung«, die sich gegen die nationale Einheitsregierung wendet, erklärte bereits, eine solche Opposition verdiene ihren Namen nicht. Peres müsse seinen Gegnern eine ausgedehnte Redezeit zubilligen und damit ihre numerische Unterlegenheit wettmachen. Andernfalls werde es zu Protesten und Demonstrationen kommen. Eine »Diktatur der Mehrheit« werde nicht schweigend hingenommen.

In einer staatsmännischen Rede stellte Schimon Peres sein Kabinett vor. Der Mann, der als brillanter Schüler David Ben Gurions gilt und seit über dreissig Jahren die Geschichte der Arbeiterpartei mitbestimmt, erklärte, angesichts der internen Gegensätze im Einheitskabinett müsse man beweisen, dass »regieren soviel bedeute wie überzeugen«. Programmatisch tritt er für eine rasche Sanierung der Wirtschaftsmisere ein. »Intensives Handeln ist notwendig, um die stürmische Wirtschaft zu beruhigen und zu stabilisieren, Israels ökonomisches Wachstum zu erneuern, die Inflation zu reduzieren, die Handelsbilanz zu verbessern, die Arbeitslosigkeit zu verhindern, die Produktivität zu erhöhen und ein faires Einkommen für jeden Berufstätigen zu bewahren.« Peres zeigt sich optimistisch, weil »unser Land mit menschlicher Fähigkeit reich beschenkt ist«. Daher sei es zweifellos möglich, »Israel in die vorderste Linie der fortschrittlichen Staaten zu bringen, und zwar auf den Gebieten der Wissenschaft, Technologie, Erziehung, Industrie, Landwirtschaft und des Tourismus«.

Neben dem Wirtschaftsproblem will Schimon Peres dem Sicherheitsproblem seine grösste Aufmerksamkeit zuwenden. »Unsere Hauptaufgabe besteht in der Garantierung der Sicherheit der galiläischen Ortschaften und in der Rückbringung unserer Soldaten (aus dem Libanon).« Zudem wird er alles tun, um den Friedensprozess in Gang zu halten. Er appelliert an die arabischen Nachbarstaaten, in »seriösen Verhandlungen die Streitigkeiten mit Israel beizulegen«, und ruft König Hussein von Jordanien zu bilateralen Gesprächen auf. »Wir sind bereit, mit Jordanien jeden Vorschlag, den es vorbringt, zu diskutieren, in der Annahme, dass es Vorschläge von unserer Seite anzuhören bereit ist.« Auch mit Ägypten will der neue israelische Premier die Kontakte »verbessern und verstärken«. Moskau fordert er auf, die diplomatischen Beziehungen, die »es in einem Augenblick des Zorns abgebrochen hat«, wieder aufzunehmen. Nur zwei Dinge würden von den Sowjets erwartet: das Eintreten in einen Dialog und die Öffnung der Tore für die Juden der Sowjetunion. Mit warmen Worten würdigt Peres die »Freundschaft des amerikanischen Volkes«. »Wir schätzen seine politische Unterstützung, seine Verteidigungshilfe, seinen wirtschaftlichen Beistand.« Mit den USA teile Israel die Überzeugung, »dass die Demokratie nicht nur die beste, sondern auch die stärkste aller Regierungsformen ist«.

Schimon Peres besitzt das überwältigende Vertrauen des Parlaments. Dem Politiker »mit den starken Nerven« wird ein gerüttelt Mass an Goodwill und Vertrauen geschenkt. Er wird es brauchen und während der ersten »hundert Tage der Gnade« alles daransetzen, um seine höchst heterogene Regierung auf Trab zu bringen. Peres ist ein harter Arbeiter, aber kein Supermensch und kein Mann, der über eine sonderliche charismatische Ausstrahlung verfügt.

Wenn seine ideologischen Gegner im Kabinett ihm keine Hürden in den Weg stellen und die Bevölkerung die jetzt mit Sicherheit zu erwartenden wirtschaftlichen Notstandsmassnahmen nicht sabotiert, steigen die Chancen für Peres. Keiner weiss, wie lang die »Durststrecke« sein wird, lang wird sie jedenfalls sein.

II Fünf Jahre nach dem Abkommen von Camp David (26. März 1979)*

Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion des »Israelitischen Wochenblatt für die Schweiz« (84/14), Zürich, 6. 4. 1984, S. 11–14, entnommen dem Beitrag mit dem Titel: »Schalom – Salam! – Fünf Jahre Frieden«.

Schalom – Salam! – Fünf Jahre Frieden

Von den drei Politikern, die am 26. März 1979 den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag auf dem Rasen vor dem Weissen Haus in Washington unterzeichnet haben, sitzt keiner mehr am Schalthebel der Macht. Der ägyptische Staatspräsident Anwar as-Sadat wurde am 6. 10. 1981, während einer Militärparade in Erinnerung an den Jom-Kippur-Krieg 1973, von fanatischen moslemischen Fundamentalisten in Kairo ermordet. Menachem Begin, Israels Premier, trat letztes Jahr in einer Phase der seelischen Depression zurück. Die verlustreiche Verstrickung in Libanon und die wirtschaftliche Misere des Staates Is-

* Vgl. FrRu Dokumente zum Abkommen von Camp David, in: FrRu XXXI/1979 S. 68–75. (Anmerkungen d. Red. d. FrRu)

rael liessen ihn diesen Schritt tun. US-Präsident Jimmy Carter verlor die letzten Präsidentschaftswahlen gegen Ronald Reagan und ist seither aus dem öffentlichen Leben ausgeschieden.

Fünf Jahre nach dem historischen Ereignis, das einen über drei Jahrzehnte dauernden Kriegszustand formell beendet hat, stellt sich die Frage nach der Bewährung des Vertragswerks. Sind dessen einzelne Klauseln erfüllt, ist der Friede zwischen Israel und Ägypten Wirklichkeit geworden? Die Antwort kann nicht mit einem einfachen Ja oder Nein gegeben werden, sondern bedarf der genaueren Erörterung.

1. Zunächst verpflichteten sich beide Parteien, auf jegliche Kriegshandlung gegen den anderen Staat inskünftig zu verzichten. Die Tatsachen zeigen, dass seit den letzten fünf Jahren die »militärische Option« nicht mehr besteht. Die MFO, die multinationale Kontrollmacht, die im Sinai die Ruhe zu festigen hat, bescheinigt beiden Ländern die vorzügliche Beachtung der Verpflichtung.

2. Israel hat sich zur Rückgabe der Sinaihalbinsel an Ägypten bereit erklärt. Am 25. April 1982 wurde das gesamte Territorium mit seinen teilweise von Israel erschlossenen Erdölfeldern, touristischen Schönheiten und – in strategischer Hinsicht – wichtigen Übungsfeldern und Militärflugplätzen aufgegeben. Die Stadt Jamit und zwölf ländliche Siedlungen wurden von israelischen Bulldozern zerstört. Das »Trauma von Jamit« ist auch heute in Israel nicht überwunden. Die Ereignisse des Libanonkriegs haben es nur überdeckt.

3. Der Sinai darf nicht mehr als Aufmarschgebiet gegen Israel verwendet werden. Als Prophylaxe gegen alle Eventualitäten – ein politischer Umsturz ist auch im relativ stabilen Ägypten nie auszuschliessen – ist die Anzahl der im Sinai zugelassenen Truppenverbände beschränkt. Die »Verdünnung« in genau bestimmten Regionen wird von der Kairoer Regierung in der Regel strikte beobachtet. Gelegentliche »Versehen« sind auf israelischen Protest hin berichtigt worden.

4. Der Friedensvertrag hat Ägypten in die Lage versetzt, das einst aufgeblasene Budget des Kriegsministeriums zu reduzieren. Anstelle eines Kriegsministeriums sorgt sich heute ein Verteidigungsministerium um die Ausrüstung der Armee mit Waffen. Die Umpolung auf Verteidigung ist nicht zuletzt auch von grosser psychologischer Bedeutung. Der einstige Erzfeind ist zum Nachbarn geworden, vor dem man sich nicht mehr zu fürchten braucht (selbst wenn man sich faktisch auch früher nicht hätte zu fürchten brauchen!). Die Einsparung wichtiger und ohnehin nur spärlicher Geldmittel angesichts einer rasant steigenden Bevölkerungszunahme wird ergänzt durch die massive US-Auslandhilfe von jährlich über einer Milliarde Dollar. Der Tourismus hat gewaltig zugenommen, die Durchfahrt grosser Öltanker und anderer Schiffe durch den Suezkanal funktioniert reibungslos, der Erdölexport des gleichen. Israel bezieht von Ägyptens Erdölfeldern jährlich zweihundert Millionen Tonnen des schwarzen Golds. Aussenminister Kamal Hassan Ali hat unlängst erklärt, dank dem wirtschaftlichen Aufschwung habe sich der Lebensstandard des Ägypters seit 1979 um fünfzig Prozent erhöht. Selbst wenn Alis Aussage nicht als bare Münze genommen werden darf, so ist – trotz der noch immer angespannten Wirtschaftslage des Landes – eine effektive Verbesserung des Lebensstandards nicht zu übersehen.

Den ermutigenden Tatsachen stehen die negativen Punkte gegenüber. Ägypten hat sich nicht zur Aufnahme intensiver wirtschaftlicher Verbindungen entschlossen, obschon es von dem in Camp David ausgearbeiteten Vertrag her dazu aufgerufen war. An die achtzig Wirtschafts- und Kulturvereinbarungen wurden zwischen den beiden Staaten unterschrieben. Sie blieben – bisher – auf dem Papier stehen. Das Handelsvolumen betrug – vom Erdölhandel abgesehen – 1981 15 Millionen Dollar, 1982 25 Millionen, 1983 nur 12 Millionen. Der Kulturaustausch existiert praktisch nicht, der Tourismus geht nur in eine Richtung. Etwa fünftausend Israelis reisen jeden Monat ins »Pharaonenland«. Nur tropfenweise erfolgt die Einreise von der anderen Seite der Grenze her. Das liegt teilweise am geringen Einkommen der Ägypter, die sich grosse Sprünge nicht zu leisten vermögen. Es liegt aber insbesondere an den bewusst aufgetürmten administrativen Hindernissen der Kairoer Regierung, die einen regeren Touristenaustausch zu unterbinden sucht.

Sadats Nachfolger Hosni Mubarak bekennt sich zwar zum Friedensvertrag mit Israel und erklärt immer wieder, der Friedensprozess sei nicht reversibel. In Tat und Wahrheit hält er diesen Vertrag jedoch auf Sparflamme und unternimmt alles, dass sich der »kalte Friede« nicht erwärmt. Sadats mutiger Schritt, der mit Tabus brach, hatte zur

Isolierung Ägyptens in der arabischen Welt geführt. Mubarak will sein Land aus dem Abseits in die Mitte, wenn nicht gar an die Spitze der Araber zurückführen. Die Preisgabe vieler seiner Verpflichtungen Israel gegenüber scheint ihm als Entgelt für das Rapprochement an seine »Brüder« klein zu sein. Der formale Wiedereintritt in das Gremium der arabischen Länder – die Arabische Liga – ist ihm bisher nicht geglückt. Inoffizielle und selbst offizielle Kontakte zu den gemässigten Regimes sind indessen aufgenommen worden, und die Organisation Islamischer Staaten hat den Bann über das »verräterische« Ägypten gelöst und ihm erneuten Zutritt gewährt.

Besonders gravierend erscheint auf der Sollseite die Unterbrechung der Autonomieverhandlungen über die Zukunft der Araber in Judäa, Samaria und dem Gazastreifen durch die Mubarak-Regierung. Der Friedensvertrag sieht – nach der Wahl einer Autonomiebehörde durch die arabischen Bewohner des Gebiets – eine fünfjährige Übergangsperiode vor. Danach soll eine definitive Regelung über den zukünftigen Status der Bewohner (und des Territoriums) getroffen werden. Bisher ist noch nicht einmal die Behörde gewählt worden. Ägypten fordert die Wahlbeteiligung der Ostjerusalemmer Einwohner, Israel widersetzt sich, weil ganz Jerusalem zu Israel gehöre und nicht zur einst jordanischen »Westbank«. Mubaraks Weigerung zur Fortsetzung der Gespräche hat die Lösung des Palästinenserproblems auf die lange Bank geschoben. Dies um so mehr, als für Israel die Errichtung eines Palästinenserstaats auf der »Westbank« nie in Frage kommen wird, Mubarak einen solchen autonomen oder mit Jordanien verbundenen Staat jedoch bereits während der Fünfjahresperiode proklamiert sehen will. Nach den von christlichen Phalangisten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Beiruts im Herbst 1982 verübten Massenerschiessungen berief Mubarak seinen Botschafter aus Tel Aviv zurück. Die Tatsache, dass Israel den Mord nicht verhindert hatte, diente ihm als Vorwand für ein weiteres Einfrieren der vertraglichen Verbindungen. Bisher ist Botschafter Saad Mortada nicht auf seinen Posten zurückgekehrt. Trotz amerikanischer Intervention in Kairo, trotz der Bestrafung der Schuldigen in Israel nach dem Bericht der Kahan-Untersuchungskommission.

Wie sieht die Bilanz eines fünfjährigen Friedensvertrags aus? Neben den Plus- stehen die Minuspunkte. Der Gesamteindruck ist nicht sonderlich erfreulich. Allzuviel ist nicht erfüllt worden, als dass man über die Entwicklung der Beziehungen zwischen den einstigen Feinden erfreut sein dürfte. Aus Kairo tönen viele Misstöne – auch virulent antisemitische Töne, die in den Massenmedien laut werden – nach Israel hinüber. Mubaraks Taktik mag sich in bezug auf seine Annäherung an die arabische Welt bezahlt machen. Dem Verhältnis zu Israel ist sie in höchstem Masse schädlich.

Doch trotz der Enttäuschung über die Stagnation eines einst dynamischen Prozesses bleibt der Trost – und er ist nicht als Kleinigkeit beiseite zu schieben –, dass die Waffen schweigen. Israelis und Ägypter lernen sich kennen und verstehen. Der Friede muss langsam gedeihen; er kann nicht über Nacht geschaffen werden, in keinem Teil der Welt. Im Nahen Osten am allerwenigsten. Botschafter Mortada weilt nicht in Tel Aviv, doch die ägyptische Botschaft ist offen, und in Elat gibt es ein ägyptisches Konsulat. Der Handel ist minimal, aber er hat nicht aufgehört, auch nach dem Libanonkrieg nicht. Und in Kairo arbeitet Israels Botschafter Sasson. Anders als vor fünf Jahren weht in der ägyptischen Hauptstadt Israels Fahne. Vieles ist bisher ausgeblieben. Das Erreichte berechtigt indessen zur Hoffnung auf eine langsame, doch sicher eintretende Normalisierung.